

Keine Sozialhilfe für abgewiesene Asylanten

Am 24. September 2007 hat das Stimmvolk das neue Ausländergesetz deutlich angenommen. Demnach sollen Asylsuchende mit Nichteintretensentscheid (z.B. Scheinasylanten aus sicheren Drittstaaten) lediglich Nothilfe erhalten. Das Zürcher Kantonsparlament hat jedoch diesen Sommer beschlossen, abgewiesenen Asylbewerbern Sozialhilfe gemäss SKOS-Richtlinien zu zahlen. Diese Zahlungen betragen ein Vielfaches der Nothilfe.

Oft sind abgewiesene Asylbewerber bereits seit Jahren in der Schweiz. Durch Verschleierung der Identität oder fehlender Zusammenarbeit mit den Behörden zieht diese Klientel das Asylverfahren bewusst in die Länge. Mit dem Entscheid des Zürcher Kantonsparlaments werden diese falschen Asylanten finanziell mit Sozialhilfe belohnt. Sie sollen dieselben Beiträge wie hier wohnhafte Schweizer und Ausländer erhalten. Gegen diesen Beschluss hat die SVP-Fraktion das konstruktive Referendum ergriffen.

Um das Referendum tatkräftig zu unterstützen, gingen Parteikollegen und ich in Niederglatt am vergangenen Samstag auf Unterschriftensammlung. Es freut mich ausserordentlich, dass wir, gemessen am Bevölkerungsanteil unserer Gemeinde, das Soll an Unterschriften innert kurzer Zeit um das Zehnfache übertroffen haben.

Die Sammelfrist für die nötigen 3000 Unterschriften dauert noch bis zum 23. September. Der Volkswille für eine konsequente Gangart im Asylbereich muss exakt drei Jahre nach dem deutlichen Entscheid noch einmal manifestiert werden.

Stefan Schmid
Vorstandsmitglied SVP, Niederglatt

Leserfoto



Auch in Locarno geht der Sommer langsam zu Ende. (Roman Bont, Oberglatt)

Leserfoto



Zeit, sich zu verpuppen – auch für die Streckfuss-Rottschwanz-Raupe. (Tresa Wasescha, Niederglatt)

Keine Verantwortung für kommende Generationen

Zum Artikel «Keine Mehrheit für Atomausstieg», vom 30. August.

Vor 24 Jahren sind Tausende von Menschen Opfer des Reaktorunfalls in Tschernobyl geworden. Diese Zahl steigt bis auf den heutigen Tag noch an und wird in den kommenden Generationen weiter steigen. In Weissrussland leben 3,5 Millionen Menschen in Gebieten mit kontaminierter Erde, und 22 Prozent der Landfläche Weissrusslands

sind radioaktiv verseucht. Kein Mensch kann heute sagen, wie die gesellschaftlichen, politischen und geologischen Verhältnisse in 200 Jahren aussehen – geschweige denn in Tausenden von Jahren, wenn die radioaktiven Abfälle, ob sie nun im Weinland, nördlich Lägern oder wo immer auch untergebracht werden, weiter strahlen. Und der Kantonsrat weiss nichts anderes, als einen Vorstoss bachab zu schicken, der

sich gegen ein Tiefenlager wehrt, so lange der Ausstieg aus der Kernenergie nicht beschlossen ist. Denn eines ist sicher, sobald es ein Endlager gibt, geht die Produktion der hoch gefährlichen Atomenergie weiter.

Aus meiner Sicht hat der Kantonsrat verantwortungslos gehandelt und einen folgenschweren Entscheid auf Kosten kommender Generationen gefällt.

Susanne Rihs-Lanz, Glattfelden

Bahnausbau Zürich–Winterthur – so nicht

An vielen Bahnhöfen hängen Plakate mit einem wunderschönen Farbbild eines neuen S-Bahn-Doppelstockzuges auf einer Doppelspur und werben für ein Ja zum Ausbau der Strecke Zürich–Winterthur. Die Leitung von SBB-Infrastruktur ist gegenteiliger Ansicht. Die VCS-Initiative mit dem falschen Titel «Schienen für Zürich» steht am 26. September zur Abstimmung.

Warum falscher Titel? Mit dieser Initiative wird der Kanton Zürich verpflichtet, einen Rahmenkredit für den Ausbau dieser (Fernverkehrs-)Strecke zu finanzieren, von welchem auch alle Kantone östlich von Winterthur, das nördliche Vorarlberg, das Allgäu, die süddeutsche Gegend nördlich des Bodensees und der Verkehr mit München

profitieren, also eine internationale Linie, die mit Zürich allein kaum etwas zu tun hat. Das Geld müsste vom jährlich dem ZVV zur Verfügung stehenden Betrag in Höhe von 70 Millionen Franken für Ausbauten wie Perronerhöhungen, -verlängerungen, schienenfreie Zugänge und vieles mehr genommen werden. Somit wäre während rund acht Jahren Stillstand für Verbesserungen auf diesem Gebiet (Bahnhöfe Bülach-Töss, Uster, Wetzikon und viele andere). Der Leiter der SBB-Infrastruktur, Philippe Gauderon, sagte kürzlich: «Wenn die ganze Strecke Zürich–Winterthur betrachtet wird und alle Anforderungen einbezogen werden, so ist der Streckenausbau mit einem Brüttener Tunnel oder mit einer offenen Streckenführung

in etwa gleich teuer.» Die Linie durch den «Brüttener» ist mehr als 3 Kilometer kürzer und flacher als die Strecke über Effretikon.

Zuständig für den Ausbau dieser Strecke ist der Bund, nicht der Kanton Zürich. Und falls der Kanton Zürich die von den Initianten genannten 520 Millionen Franken vorschiesse würde, so hat der Bund unmissverständlich erklärt, dass er keine Vergütung leisten werde. Das Geld wäre also weg. Und für den Brüttener Tunnel existiert seit mehr als zehn Jahren ein fertiges Projekt. Stärken wir dem Kantons- und dem Regierungsrat in dieser Sache den Rücken! Deshalb lehne ich diese Initiative ab!

Willi Pfeiffer
pens. Bahnhofvorstand, Eglisau

Niedrige Steuern generieren Wachstum

Zum Interview «SVP politisiere für gut Betuchte», Ausgabe vom 28. August.

In besagter Ausgabe äussert sich die Parteipräsidentin der Grünen, Johanna Wirth Calvo: «Steuern sparen lässt letztlich die Reichen reicher werden und die Armen ärmer.» Das ist das typische Klischee der links positionierten Parteien. Klassisch-liberale Ökonomen wissen,

dass hohe Steuern letztlich zu einer Abnahme des Bruttoinlandsproduktes eines Landes führen und damit zu einer Minderung des Wohlstandes für alle Bevölkerungsgruppen. So schreibt der Basler Volkswirtschaftler Kurt Schiltknecht in der «Weltwoche»: «Amerikanische Untersuchungen zeigen, dass glaubwürdige Steuersenkungen der erfolgverspre-

chendste Weg aus der Rezession sind. In der Schweiz entscheiden glücklicherweise nicht Politiker, sondern die Bürger, ob mit niedrigen Steuern für ein nachhaltiges Wachstum und gute Beschäftigungsaussichten gesorgt oder mit höheren Steuern der wachstumshemmende Staatsmoloch gefüttert werden soll.»
Verena Meierhofer, Zürich

Anlagetipp

Hat der US-Dollar als Leitwährung ausgedient?



Beat Kobe,
Kundenbetreuer,
ZKB Kloten

Im Zuge der jüngsten Finanzkrise und derer Nachwehen entflammte die Diskussion um den US-Dollar als Leitwährung erneut. Mit der Kritik am US-Dollar als Leitwährung wurden Forderungen nach einer neuen multipolaren Weltwährungsordnung verbunden. Insbesondere China schlägt deshalb vor, die Abhängigkeit des Weltwährungssystems vom US-Dollar durch eine stärkere Bedeutung der Sonderziehungsrechte

(SZR) – einer Kunstwährung des Internationalen Währungsfonds – zu verringern. Dieser Idee schloss sich jüngst selbst IWF-Chef Strauss-Khan an. Unabhängig von diesen Forderungen gibt es eine Reihe von Faktoren, die auf einen schleichenden Bedeutungsverlust des US-Dollar-Leitwährungsstatus über die kommenden Jahrzehnte hinweisen. Leitwährungen werden nämlich in verschiedenen Funktionen dominant nachgefragt, beispielsweise als Währungsreserve, Vehikelwährung im Devisenhandel oder Denomination internationaler Wertpapieremissionen. Hier hat die US-Devisen im letzten Jahrzehnt schon spürbar Konkurrenz vom Euro und vor allem von den Lokalwährungen der Emerging Markets bekommen. Mehr und mehr gehören auch feste US-Dollar-Bindungen oder eine ausgeprägte Dollarisierung innerhalb der Schwell-

länder der Vergangenheit an. Weltweit gibt es heute nur noch sieben Länder, deren eigene Währung mit einem fixen Wechselkurs an den US-Dollar gebunden ist, beispielsweise beim Currency-Board des Hongkong-Dollars. Im Zuge des Entwicklungsprozesses kann die US-Dollar-Anbindung der (Schwellenländer-)Lokalwährungen immer lockerer ausgestaltet werden, bis hin zur eigenständigen, vollkommen konvertiblen Währung. Diesem Trend dürfte sich über kurz oder lang auch der chinesische Renminbi nicht entziehen können.

Euro keine Alternative zu Dollar

Allerdings dürften weder der nicht vollständig konvertible Renminbi noch das Sonderziehungsrecht des Internationalen Währungsfonds oder der Euro auf absehbare Zeit eine Alternative zum

US-Dollar als Leitwährung darstellen. Sowohl der IWF als auch die EZB sind zumindest zurzeit nicht als Weltzentralbanken angelegt. Problematisch bei der Ende der 60er-Jahre vom IWF kreierten Korbwährung Sonderziehungsrecht ist zudem, dass sie keine Währung, sondern eine Kreditlinie auf die Währungen der IWF-Mitglieder darstellt.

Noch ist die US-Devisen als Leitwährung ohne Konkurrenz – noch wird der US-Dollar seine Stärke im laufenden Jahr aufrechterhalten können. Auf lange Sicht zeichnet sich aber bei etlichen Leitwährungsfaktoren eine allmählich geringere Nutzung und damit auch eine sinkende US-Dollar-Nachfrage ab. Dies dürfte für den US-Dollar-Aussenwert ebenso eine latente Belastung darstellen wie das hohe US-Doppeldefizit um Haushalt und Leistungsbilanz.

Migrationsamt: Problem liegt anderswo

Andreas Werren, der beauftragte «Trouble-Shooter», sollte in erster Linie die Amtsführung von Regierungsrat Hans Hollenstein (CVP) untersuchen und nicht das Migrationsamt, denn dort liegt das Hautproblem. Es gibt keinen Fall «Baumann», sondern einen Fall «Hollenstein». Viele seiner Mitarbeiter haben von seiner CVP-Chamäleon-Politik derart die Nase voll, dass sie sogar laut dagegen protestieren.

Mit einer «Weicheier-Politik» ist es beim Migrationsamt klar nicht getan. Die Leute dort kennen die Situation genau. Lügen, Hereinschleichen, Kriminalität, Drogenhandel, Identität verschleiern usw., das sind die Eigenschaften vieler dieser unerwünschten Leute. Es muss eine wesentlich härtere Politik betrieben werden, wir können unser Land nicht komplett von solchen Leuten überfluten lassen. Wenn einer bei den heiklen, undankbaren Geschäften des Migrationsamtes, das einen absolut standhaften, entschlossenen Chef dringend braucht, das Prinzip «der Kunde ist König» anwenden will, dann muss man den dringend zur Arztkontrolle schicken, bevor er weiter Unheil anrichtet. Was haben wir denn da für Politiker an der Spitze unseres Kantons? Es ist nicht nötig, dass man die «Berner-Situation» auch noch bei uns im Kanton Zürich abbildet!

Peter H. Kuhn, Schweizer
Demokraten (SD), Bezirk Dielsdorf

Hilfreiche Jungs

Kürzlich hatte ich in Dielsdorf einen platten Reifen am Auto. Ein junger Bursche kam hinzu, sagte, er sei Automechaniker-Lehrling in Regensdorf, und er wolle es reparieren. Sein Kollege kam auch dazu, und nach zehn Minuten konnte ich wieder weiterfahren. Alles, was sie annahmen, war ein Dankeschön.
Rosa Müller, Steinmaur

Irreführend und falsch

Kürzlich hat sich in der Presse der ehemalige Stadtrat Bruno Wermelinger beschwert, dass sich der heutige Stadtrat grösstenteils von auswärts wohnenden Chefbeamten leiten liesse. Da hat er wohl recht. Wie ist es sonst erklärbar, dass das Freibad Bülach ständig unter dem Label «Hirslen» bei amtlichen Verlautbarungen aufgeführt wird. Dabei liegt das Freibad rund 1,5 Kilometer Luftlinie vom Sportzentrum «Hirslen» entfernt. Getrennt erst noch durch Autobahn und Eisenbahn. Dies führt zu Irritationen und Unsicherheiten bei auswärtige Besuchern.

Jedem Einheimischen ist klar, dass das Freibad im Gebiet «Niederflachs/Erachfeld» liegt und keinesfalls in der Hirslen. Also, was soll diese falsche Ortsbezeichnung. Bleibt nur noch die Hoffnung, dass unser höchster Ureinwohner Zeit finden wird, seinen ortsunkundigen Chefbeamten einige Nachhilfestunden in der Geographie von «Büüli» zu erteilen
Hansueli Engler, Bülach

Impressum

Geschäftsleitung: Erland Herkenrath
Chefredaktion: Steffen Riedel (sr); Stv. Cyprian Schnoz (cy)
Verlag: Zürcher Unterland Medien AG, Dielsdorf
Neues Bülacher Tagblatt AG, Bülach
Abo- und Vertrieb: «Zürcher Unterländer»,
Tel. 0842 00 82 82, Fax 0842 00 82 83, E-Mail:
abo@zuonline.ch, Postadresse: Schulstrasse 12, 8157 Dielsdorf.
«Neues Bülacher Tagblatt», Tel. 0842 00 15 15, E-Mail:
abo@nbt.ch, Postadresse: Bahnhofstrasse 44, 8180 Bülach.
Inserate: Publicitas, Bülach, Tel. 044 872 77 77; Regensdorf,
Tel. 044 843 12 50; Dübendorf, Tel. 044 801 84 10
Adressen: Zentralredaktion: Schulstr. 12, Postfach 311,
8157 Dielsdorf, Tel. 044 854 82 82, Fax 044 854 82 33,
redaktion@zuonline.ch, redaktion@nbt.ch, sport@zuonline.ch,
Lokalredaktion Bülach: Bahnhofstr. 44, Postfach, 8180 Bülach,
Tel. 044 872 77 00, Fax 044 861 04 80,
Lokalredaktion Bülach Süd: Schulstrasse 12, Postfach 311,
8157 Dielsdorf, Tel. 044 854 82 82, Fax 044 854 82 33,
Redaktion Flughafen: Schulstrasse 12, Postfach 311, 8157 Dielsdorf,
Tel. 044 854 82 82, Fax 044 854 82 33,
Redaktion «Zürcher Landzeitung» (Resorts Zürich, Inland,
Ausland, Wirtschaft): Zürich Land Medien AG, Seestr. 86,
8712 Stäfa, Tel. 044 928 58 11, Fax 044 928 58 10, Leitung:
Michael Schoenenberger (msc), redaktion@zzeitung.ch
Reporterphone: 079 422 06 46
Auflage: 21 597 Expl., Donnerstag 80 239 Expl. (WEMF-beglaubigt, Zürcher Unterländer Gesamt)
Bekanntgabe von namhaften Beteiligungen der Zürcher Unterland Medien AG i. S. v. Art. 322 StGB: Neues Bülacher Tagblatt AG
Die Verwertung von Inhalten dieses Titels durch nicht Autorisierte ist untersagt und wird gerichtlich verfolgt.